

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 140 (1974)

Heft: 7

Artikel: Ausbildungsspiele oder Aufmarsch

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-48808>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

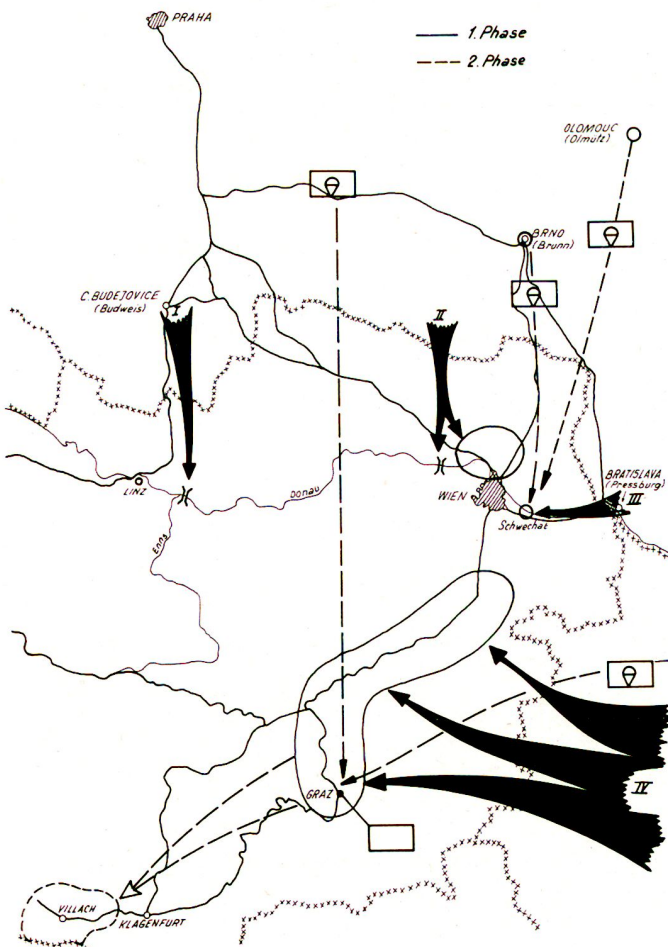
Ausbildungsspiele oder Aufmarsch?

Zu den «Enthüllungen» sowjetischer Besetzungsstudien Österreichs

Die allgemeine Entspannungseuphorie, als deren äußere Zeichen die Gipfelvertraulichkeiten der beiden Supermächte und die in ihrem Kielwasser segelnden internationalen Konferenzen (Salt, MBFR, KSZE) erscheinen, ist im neutralen Nachbarland Österreich im Februar dieses Jahres jäh gedämpft worden. Damals strahlte das österreichische Fernsehen ein aufsehenerregendes Interview mit dem ehemaligen ersten Parteisekretär im Prager Verteidigungsministerium, Generalmajor Jan Sejna, aus. In der gleichen Zeit veröffentlichte das Wiener Nachrichtenmagazin «Profil» in drei Fortsetzungen ein ausführliches Gespräch mit dem tschechischen Exgeneral, der sich im «Prager Frühling» in den Westen abgesetzt hatte und seither als «Geheimnisträger erster Ordnung» in den USA in der Obhut des Pentagons lebt.

Operationsstudie «Polarka»

General Sejna bestätigte einleitend seine 1971 der französischen Illustrierten «Paris-Match» gegebenen Informationen über eine 1968 vorhandene Studie «Dunaj». Diese bezog sich auf ange-



liche Pläne für einen Fünftage-Blitzkrieg gegen Westeuropa, in dessen Rahmen die Besetzung ganz Österreichs und auch gewisser Teile der Schweiz vorgesehen gewesen sei. Neu für Österreichs

Öffentlichkeit waren detaillierte Enthüllungen über eine sowjetische Operationsstudie «Polarka». Diese galt der Besetzung Ost- und Südösterreichs bis zur Linie der Enns (im Norden) und dem Dreiländereck bei Villach (im Süden) im Fall einer sowjetischen Intervention in Jugoslawien «nach Tito». «Polarka» hätte den Einsatz von 30 000 Mann tschechischer und 20 000 bis 25 000 Mann ungarischer Truppen vorgesehen; die erstgenannten in drei Stoßkeilen aus den Räumen Budweis, Znaim und Preßburg mit dem Ziel der Kontrolle aller Nord-Süd-Verbindungen zwischen Oberösterreich/Kärnten und Niederösterreich/Steiermark, die anderen in einem Vorstoß über Wiener Neustadt, Graz und Klagenfurt bis zur italienischen Grenze bei Villach. Der Flugplatz Graz-Thalerhof wäre nach Sejna als zentrale Luftwaffenbasis für nachzuziehende sowjetische Luftlandtruppen vorgesehen gewesen.

Sorgfalt für das Detail

Der prominente Exiltscheche wußte seine heißen Informationen mit pikanten Einzelheiten über die Sorgfalt sowjetischer Planstudien anzureichern. So sollen 1963 im Begleittrioß des Armeefußballklubs «Dukla», der Österreich für ein internationales Spiel in Italien im Autobus durchquerte, Armeekommandanten und Staatssicherheitsbeamte das für «Polarka» vorgesehene Feldzugsgelände «rekognosziert» haben. Die Möglichkeit einer überraschenden Besetzung des Flughafens Wien-Schwechat sei durch einen MiG-Piloten «erprobt» worden, der am 30. November 1967 am heiterhellen Tag wegen angeblichen «Verfliegens» in Schwechat «notgelandet» war – ohne die geringste Belästigung durch die österreichische Luftraumüberwachung. Auch den Anlaß zur allfälligen sowjetischen Intervention habe man «eingeübt»: mit dem von Moskau ferngesteuerten Terrorkommando, das im Sommer 1972 über die österreichische Grenze in Jugoslawien eingedrungen sei. Im Ernstfall hätten derartige Saboteure den «Beweis» dafür zu liefern, daß Österreich auf seinem Hoheitsgebiet angeblich faschistisch-revanchistische Umtriebe dulde und damit seine staatsvertraglichen Pflichten verletze. Schließlich soll die Studie «Polarka» auch bis ins Einzelne gehende Pläne für die sicherheitstechnische Behandlung der Zivilbevölkerung Österreichs enthalten haben, unter anderem die Errichtung von Radiostörsendern, das Gefügigmachen der abgeriegelten Stadt Wien durch gezielten Versorgungsunterbruch, den Einsatz von 4000 verlässlichen Kollaborateuren und die Sicherstellung von «unzuverlässigen Personen» (unter ihnen beispielsweise der beliebte Volksschauspieler Paul Hörbiger), die in genauen Adreßlisten verzeichnet seien. Österreich hätte – immer nach den Angaben Sejnas – nach erfolgreich abgeschlossener Aktion «Polarka» entweder zweigeteilt (in einen sowjetischen und einen NATO-Einflußbereich) oder als Ganzes «finlandisiert» werden sollen, wenn es nicht gelingen könnte, es total in den Bereich des Warschauer Paktes zu integrieren. Besten aber sehr unwahrscheinlichen Falles würde Österreich seine staatsvertraglich gesicherte Freiheit im Tausch gegen andere, wichtigere Forderungen Sowjetrusslands zurückerhalten können.

Was soll man von dieser Besetzungsstudie halten?

Handelt es sich um eine generalstäbliche Routineübung oder um eine wirklichkeitsgerechte Eventualplanung?

Muß man sie als peinliche Nachrichtendienstspanne der Sowjets einschätzen oder eher als mehrdeutiges Element im globalen Nervenkrieg?

Vor allem: Ist sie als solche überhaupt ernst zu nehmen, oder liegt eine ferngesteuerte Zeitungsente vor?

Die Problematik von «Enthüllungen»

Die Bewertung der Persönlichkeit und der Aussagen geflüchteter Geheimnisträger aus dem sowjetischen Machtbereich ist eine der heikelsten Aufgaben westlicher Nachrichten- und Abwehrendienste. Zwischen dem raffinierten, jahrelang geschulten und mit großem Verschleierungsaufwand eingesetzten Spion im Sensationsgewand des prominenten Flüchtlings und dem Systemabtrünnigen aus echt gewandelter Überzeugung gibt es mancherlei Zwischenstufen. Auch wohlmeinende Überläufer sind vor Erinnerungslücken, mangelnder Detailkenntnis und eigentlichen Irrtümern und Fehlinformationen nicht gefeit, die allzu oft aus Gründen des eigenen Prestiges oder des beruflichen Fortkommens im neuen Gastland bewußt oder unbewußt überspielt oder verdrängt werden. Generalmajor Sejna, Jahrgang 1922, trat bereits 1942 in die tschechische Armee ein, die damals in der Sowjetunion aufgestellt wurde. Er schlug früh die politische Laufbahn ein, erklimmte verhältnismäßig rasch eine der höchsten Sprossen der tschechischen Polithierarchie und galt als Freund von Staats- und Parteichef Novotny. Nach dessen Sturz im Prager Frühling gelang Sejna in Begleitung von Frau und Sohn mit dem Diplomatenpaß des sowjetischen Generals Jadow die Flucht über Ungarn und Jugoslawien nach Italien, wo er am 28. Februar 1968 im USA-Konsulat von Triest um politisches Asyl nachsuchte. Sein mehr als dreijähriges Schweigen vor der Öffentlichkeit brach er zum erstenmal in einem Gespräch mit der französischen Illustrierten «Paris-Match», das diese am 14. August 1971 publizierte und in dem strategische Offensivpläne des Ostblocks und die sowjetischen Spionagemethoden gegen Europa dargelegt wurden. Im Dezember 1973 haben dann amerikanische Stellen – «aus welchen Gründen auch immer» – dem Interview Sejnas mit einem «Profil»-Redaktor zugestimmt.

Ein Redaktor mit Generalstabsausbildung der Wiener Tageszeitung «Die Presse» hält die Studien «Dunaj» und «Polarka» für «Stilübungen» mit zweifelhaftem Wirklichkeitsgehalt und wenig Neuigkeitswert. Er vermutet, daß der «Fall Jugoslawien» unter Einbeziehung Österreichs von Generalstäblern des österreichischen Bundesheeres bereits vor 1970 «bis ins Detail» als eine von vielen, aber eher als unwahrscheinliche Möglichkeit durchgespielt worden sei. In der Tat zeigt ein Blick auf die Karte, daß die natürlichen Achsen für eine sowjetische Intervention in Jugoslawien aus dem ungarischen Raum kommen und daß sich für unterstützende Begleitaktionen gegebenenfalls eher Rumänien und Bulgarien anbieten. Immerhin läßt sich die Möglichkeit einer flankierenden Operation unter Benutzung des südöstlichen Territoriums von Österreich nicht ganz ausschließen, und insbesondere könnte durch abgedrängte jugoslawische Truppen für Österreich eine brisante Interventionslage entstehen.

Warum gerade jetzt?

Der sachliche Informationswert der Aussagen Sejnas wäre demnach als eher gering, der Neuigkeitswert praktisch mit Null zu veranschlagen, auch schon deshalb, weil es zum methodischen Rüstzeug jeder generalstäblichen Arbeit gehört, jeden denkbaren Einzelfall gedanklich durchzuspielen. Immerhin läßt sich mit der Verneinung des nachrichtendienstlichen Ergiebigkeitscharakters der «Fall Sejna» nicht einfach abtun. Man muß vielmehr vermuten, daß die offenbar vom Pentagon inspirierten Enthüllungen die europäische und speziell die österreichische Öffentlichkeit aus dem als unzeitgemäß erachteten Entspannungstraum wecken sollten. In der Wiener Wochenzeitung «Die Furche» wird betont, daß nunmehr offenbar geworden sei, was Eingeweihte natür-

lich schon längst wußten und jeder Interessierte wissen konnte: daß Österreichs Verteidigungsvorbereitungen völlig ungenügend und deshalb unglaubwürdig sind; daß das von der derzeitigen Bundesregierung zu verantwortende reduzierte Wehrkonzept ein eigentliches «Sicherheitsrisiko» darstellt. Auf eine gezielte Frage von «Profil» gab der österreichische Verteidigungsminister General Lütgendorf zu, daß im Fall eines entschiedenen Angriffs Ost- und Südösterreich tatsächlich, wie in «Polarka» vorgesehen, innert 24 Stunden besetzt werden können. Auf die naheliegende Frage, ob ein auch im günstigen Fall kleines österreichisches Heer sich gegen mit überlegenen Kräften angreifende Sowjetstreitkräfte zur Wehr setzen sollte, antwortete Generalmajor Sejna (gemäß «Profil»): «Ich glaube ja. Als Soldat und Politiker weiß ich, daß man mit der Sowjetunion nur von einer Position möglicher Stärke und Entschlossenheit aus sprechen kann. Sobald die Sowjets erfahren, daß sich irgendein Land fürchtet oder mit dem Gedanken spielt, zurückzuweichen, fordern sie mehr.»

Wehrpolitik im Osten und Westen

In den wehrpolitischen und wehrpsychologischen Überlegungen des tschechischen Überläufers und seiner heutigen Beschützer dürfte denn auch die eigentliche Bedeutung des «Falles Sejna» liegen. «Polarka» scheint zwar kaum mehr zu sein als eine veraltete, in Einzelheiten unzuverlässige generalstäbliche Operationsstudie, aber sie zeigt in aller wünschenswerten Deutlichkeit den Geist der sowjetischen Generalität auf, der sich seit den frühen sechziger Jahren aus der vormals defensiven zur offensiven Haltung gewandelt hat. Diese Wandlung hängt mit dem erreichten atomaren Gleichgewicht und dem entsprechend gewachsenen militärischen Selbstvertrauen Sowjetrußlands einerseits, mit dem offensichtlichen Zerfall der westlichen militärischen und geistigen Widerstandskraft und Solidarität andererseits zusammen. Sowjetische Diplomaten in Wien haben zwar gegen die «Polarka»-Enthüllungen am Fernsehen und in der Presse wütend protestiert und diese als bewußtes Pentagonkomplott verlästert, das die Fortschritte der Entspannung torpedieren wollte. Aber man muß sich doch fragen, ob längerfristig nicht auch das Gegenteil der durch die Publizität angestrebten Aufrüttelung der westlichen Widerstandskraft eintreten könnte: nämlich deren weitere Lähmung durch die immer eklatanter werdende und offen zugegebene Diskrepanz der einsatzbereiten Streitkräfte vor und hinter dem eisernen Vorhang.

Während in den meisten westeuropäischen Ländern die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und politischen Labilitätsstörungen mit der Kürzung des Militärbudgets und der Aufweichung des Behauptungswillens einhergehen, weisen zahlreiche Nachrichten auf eine zielbewußte Stärkung und technische Erneuerung des Kriegspotentials der Warschauer-Pakt-Staaten hin. Die östliche Militärliteratur ist ganz auf Angriff eingestellt, der selbstverständlich stets in Verteidigungsabsicht im Sinn der «Vorwärtsstrategie» gegen einen «unmittelbar bevorstehenden NATO-Angriff» gekleidet wird. Den Sowjetsoldaten wird nachdrücklich der Haß gegen das «kapitalistisch-revanchistische System» eingehämmert. Bewaffnung, Gliederung und Manöver der Ostarmeen sind offensiv ausgerichtet, die letztgenannten lassen sich, ob sie nun unmittelbar an der Zonengrenze oder im Innern Rußlands stattfinden, geographisch ohne weiteres in den mitteleuropäischen Raum übertragen.

Entspannung und Aufrüstung

Ist dies alles, so fragt man sich im Westen, vereinbar mit den jüngsten Entspannungsbemühungen Sowjetrußlands? Die Frage

ist zu bejahen, wenn man sich des sowjetischen machtpolitischen Grundsatzes bewußt bleibt, der die Koexistenztheorie stützt: «Was uns gehört, behalten wir auf jeden Fall; was euch gehört, ist Verhandlungsobjekt.» Für erfolgreiche «Verhandlungen» in diesem Sinn braucht es nicht nur unter sich zerstrittene, militärmüde und geistig verunsicherte Westeuropäer, sondern auch ein bis ins letzte kampfbereites und damit bezüglich Kriegsdrohung glaubwürdiges militärpolitisches Machtinstrument sowie entsprechende Operationspläne und wirklichkeitsgemäße Übungen. Das Instrument einzusetzen ist im Zeitalter des nuklearen Patts weder tunlich noch notwendig. Solange der militärische Ernstfall wenigstens möglich bleibt – und darüber kann keinerlei Zweifel herrschen –, lassen sich die Ziele der Machtpolitik mittels Einschüchterung des Gegners und Ausnützung momentaner Krisenlagen verfolgen, ohne das Risiko einer globalen kriegerischen Konfrontation über ein tragbares Maß zu erhöhen.

Die hier skizzierte sowjetische militärpolitische Strategie, in deren klimatischem Rahmen die Studie «Polarka» durchaus ernst genommen zu werden verdient, hat Armeegeneral Malzew kürzlich in einer Publikation des sowjetischen Verteidigungsministeriums mit aller wünschenswerten Offenheit erläutert. Nach General Malzew wird es der sowjetischen Politik gelingen, den unausweichlichen Kampf zwischen dem sozialistisch-kommunistischen und dem kapitalistischen Lager ohne heißen Krieg und insbesondere ohne Nuklearkatastrophe siegreich zu beenden. Immerhin, so fügt er bei, könne ein solcher friedlicher Erfolg nicht «garantiert» werden, weshalb die militärische Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften auch weiterhin eine vordringliche Aufgabe bleibe. Die vereinigten Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten hätten die Aufgabe, revolutionäre Veränderung überall in der Welt, wo dies möglich sei, zu ermutigen, zu verteidigen und auszunützen. Jeder kapitalistische Versuch, derartige progressive Veränderungen zu verhindern oder zu unterdrücken, erscheint in Malzews Terminologie als «Aggression gegen den Sozialismus und Kommunismus» und damit als Friedensgefährdung.

Die Frage ist gestellt, ob die Staaten und Völker mit freiheitlicher Tradition und echter demokratischer Struktur solcher offen erklärter expansiver Entschlossenheit, die auch aus der Studie «Polarka» ersichtlich wird, etwas Gleichwertiges an Selbstbehauptungswillen entgegenzusetzen haben.

Hundert Jahre Eidgenössische Schießschule Walenstadt

Oberstbrigadier Ernst Riedi

Am 30./31. August und 1. September dieses Jahres feiert die Schießschule ihr einhundertjähriges Bestehen. Aus bescheidenen Anfängen hat sie sich zu einer anspruchsvollen Stätte der Ausbildung entwickelt, die insbesondere für die Ausbildung der Offiziere und Offiziersaspiranten zu einem festen und wichtigen Bestandteil geworden ist. Bis 1874 wurden einzelne Schießschulen in Walenstadt durchgeführt, seither alle. Das Bedürfnis für eine eidgenössische Schießschule entsprang dem damaligen Bestreben zur Verbesserung und Vereinheitlichung der Schießausbildung und auch als Folge der Einführung des Repetiergewehres. Die 1874 von Volk und Ständen angenommene neue Militärorganisation (Mo 1874), welche die Ausbildung der Armee ausschließlich in Bundeshände gab, mag auch zum raschen Vollzug einer ortsfesten eidgenössischen Schießschule mitgeholfen haben. Aufgeboten zu den jährlich mehrmals durchgeführten Schießschulen wurden Offiziere und auch vereinzelt Unteroffiziere aus allen Bataillonen der Infanterie.

Neben Walenstadt bemühten sich Basel, Bellinzona, Bière, Freiburg, Thun und Winterthur für die Errichtung der geplanten eidgenössischen Schießschule. Auf diesen Waffenplätzen wurden bis 1874 einzelne Schießschulen und auch Offiziersschulen durchgeführt. Walenstadt schwang schließlich obenaus. Als Mindestforderung für die neue Schießschule galt ein freies Terrain von 400 Schritt Breite und 1200 Schritt Tiefe. Das damals etwas vereinsamte Städtchen bot den Vorzug eines solchen freien Gebietes am See für die Schießausbildung, dazu schon vorhandene Unterkünfte, nämlich die ehemaligen Lagerhäuser für den Warenverkehr über den See, welche seit einigen Jahren der Kanton St. Gallen mit seinen Wiederholungskurstruppen belegte. Ebenso führte, nebst einzelnen Schießschulen, der Bund auch gelegentlich Offiziersschulen der Infanterie in Walenstadt durch. Diese günstigen Voraussetzungen für die Errichtung eines eidgenössischen Waffenplatzes gaben den Ausschlag für Walenstadt und gingen auf den Bau der Eisenbahn Ende der fünfziger Jahre und dem damit verbundenen Zusammenbruch des einträglichen Seeverkehrs zurück.

Die damalige Schießausbildung beschränkte sich auf Schießen mit dem Ordonnanzgewehr auf Distanzen bis mehrere hundert Meter und mit Faustfeuerwaffen auf kurze Distanzen. Die Gefechtsausbildung begnügte sich mit einfachen Bewegungen in starren Formationen, verbunden mit Salvenfeuer auf feste Ziele.

Im Laufe der Jahre vergrößerte sich das Waffenarsenal der Infanterie durch die Einführung neuer Gewehre (1889/1896 und 1911) und des schweren Maschinengewehrs. Während des Ersten Weltkrieges kam die Handgranate dazu und in der Zwischenkriegszeit das leichte Maschinengewehr (1925), der Karabiner (1931), der 81-mm-Minenwerfer (1933), die 47-mm-Infanteriekanone (1936). Der Zweite Weltkrieg und die Nachkriegszeit brachten die Maschinenpistole, die Tankbüchse vom Kaliber 24 mm, Gewehrgranaten, neue Handgranaten, das Raketenrohr, Panzerabwehrgeschütze vom Kaliber 90 und 106 mm, 20-mm-Flabgeschütze, ein neues Maschinengewehr (1951), den Zielfernrohrkarabiner und das Sturmgewehr (1957).

Die Gefechtsausbildung wurde zwangsläufig anspruchsvoller, die enge Zusammenarbeit der Infanterie mit andern Waffen bis zum Panzer eine Notwendigkeit. Ebenso dehnte sich die moderne Gefechtsausbildung immer mehr in die Nacht aus. Diese Ent-

Taktische Richtlinien zum «Kampf in der Armee»

- Wegen eines offenen Knopfes wird man heute nicht mehr eingesperrt.
- Beginnt einer oder mehrere mit der konstanten Mißachtung dieses Tenuebefehls, so werden sich andere anschließen.
- Dem Leutnant wird es mit der Zeit zu dumm, die lapidare Aufforderung, den Knopf zu schließen, fortwährend zu wiederholen. Mit der Zeit wird er den offenen Knopf tolerieren. Er hat also resigniert.
- Dadurch haben wir bereits einen Sieg errungen.

(Soldatenkomitee Zürich)
